

A white duck is seen from the side, standing in a lush green field. The duck's head is turned towards the right, and its neck is extended. The background is a dense field of green grass and small flowers, with a blurred line of trees in the distance. The overall scene is bright and natural.

12

GESUNDHEITSPOLITIK

GESUNDHEITSPOLITIK IST MEHR ALS DAS HEILEN VON
KRANKHEITEN - ALLE POLITIKBEREICHE SIND GEFORDERT



WOU STI MIR HAUT ?

Gesundheitspolitik ist mehr als das Heilen von Krankheiten.... Obwohl diese Erkenntnis in der Theorie anerkannt wird, ist es noch ein weiter Weg, bis sie auch im (politischen) Alltag berücksichtigt wird.

Ziel müsste es sein, dass die Stimme der Gesundheitsfürsorge weitaus mehr Gehör findet in den Politikbereichen, die mit direkten gesundheitlichen Folgen verbunden sind / sein können: der Landwirtschaftspolitik (Belastung durch Pestizide, höhere Wertigkeit von Biolebensmittel...), der Umweltpolitik (u.a. Luftqualität bzw. der Lärmbelastung), dem Verbraucherschutz u.v.a.m.

Zu einer Neudefinition der Gesundheitspolitik zählen aber auch, dass gesundheitsfördernden Städten und Dörfern zum Durchbruch verholfen wird. Städte und Dörfer, die zur Bewegung, zum Austausch und dem Aufenthalt einladen, Maßnahmen zur Klimaresilienz entwickelt haben und u.a. der aktiven Mobilität eine hohe Priorität einräumen.

01

GESUNDHEITSPOLITIK ALS TEIL EINER

GESELLSCHAFTLICHEN TRANSITION

NEU DENKEN

Zentrale Forderung des Mouvement Ecologique anlässlich der Nationalwahlen in der letzten Legislaturperiode war es, dass ein koordiniertes Gesundheits- und Verbraucherschutzministerium gegründet werden sollte.

Die Gründe hierzu waren mannigfaltig, so liegt z.B. die Lebensmittelqualität im direkten Verantwortungsbereich beider Ministerien. Die damalige Überlegung war: ein Zusammenführen bedeutet auch eine Kompetenzbündelung und doppelte Schlagkraft.

Dem war jedoch leider nicht so! Das Gesundheits- bzw. das Verbraucherschutzministerium übernahmen in keiner Weise ihre Rolle bei relevanten Dossiers: Sei es die Pestizidbelastungen der Bevölkerung (nachgewiesen u.a. auch durch Analysen des LIST im Auftrag des Gesundheitsministeriums), noch in Sachen Qualität der Lebensmittel in der öffentlichen Restauration, der Thematik der Überhitzung der Ortschaften usw.

Sicherlich war diese Situation z.T. der Tatsache geschuldet, dass das Management der COVID-Krise das Gesundheitsministerium äußerst stark forderte.

Doch das eigentliche Problem liegt nach Ansicht des Mouvement Ecologique weitaus tiefer.

Das Gesundheitsministerium scheint seine Rolle nicht darin zu sehen, in sektoriellen Politikbereichen eine Stimme im Sinne des präventiven sowie vorsorgenden Gesundheitsschutzes zu sein.

In der kommenden Legislaturperiode muss das Profil des Gesundheitsministeriums grundsätzlich hinterfragt und nach Ansicht des Mouvement Ecologique u.a. in folgenden Fragestellungen systematisch ausgebaut werden:

- > **Gesundheitsförderung ist eine horizontale Herausforderung, die in zahlreiche Regierungsfelder hineingreift:** immer dann, wenn sektorielle Entscheidungen mit einer Gesundheitsrelevanz anstehen, müsste dem Ministerium zumindest eine Mitsprache eingeräumt werden.
- > In der Konsequenz muss das Ministerium seine **Verantwortung in zentralen Fragestellungen mit potenziellen gesundheitlichen Auswirkungen** übernehmen, auch und gerade dann, wenn die Entscheidungskompetenz primär in anderen sektoriellen Ministerien angesiedelt ist. Dies im Sinne der Definition des „Gesundheitsbegriffes“ durch die Weltgesundheitsorganisation.

Hierzu zählen u.a. Dossiers, wie folgende:

- > **Agrarpolitik:** Die heutige Agrarpolitik führt maßgeblich zu hohen Pestizideinträgen, dem dramatischen Artensterben und der Lebensraumverluste in der offenen Landschaft, hoher Nitratbelastungen des Wassers, problematischer Ammoniakemissionen u.a.m. D.h. von Belastungen, die mit direkten oder indirekten gesundheitlichen Auswirkungen verbunden

sind. Die Stimme des Gesundheitsministeriums muss deshalb in Fragen der landwirtschaftlichen Praxis und der staatlichen Subventionspolitik (über 700 Millionen € innerhalb von 5 Jahren) weitaus präsenter werden.

- > **Umweltrelevante Themen:** Lichtverschmutzung, Luftreinhaltepolitik, Lärmbelastungen, Auflagen betreffend die Emissionen von Betrieben aus der Sicht des Gesundheitsschutzes (sowohl der Arbeitnehmer:innen als auch der Bevölkerung), die Immissions-Situation, Trinkwasserqualität, ... sollten vom Gesundheitsministerium verstärkt (mit)bearbeitet werden. Derzeit werden zahlreiche dieser Dossier nicht ausreichend auch aus Gesundheitsperspektive analysiert bzw. die gesamte Verantwortung dem Umweltministerium übertragen. Gleiches gilt z.B. auch für kontinuierliche Verstöße gegen Umweltauflagen, die mit augenscheinlichen gesundheitlichen Probleme verbunden sind. Auch hier sollte das Gesundheitsministerium seine Verantwortung übernehmen!
- > **Sozialpolitische Fragestellungen:** Druck und Stress auf der Arbeit / Burnout, Gestaltung der Arbeitszeitverkürzung u.a. sind ebenso wesentliche Themen, in denen das Gesundheitsministerium - gemeinsam mit den direkt zuständigen Akteuren - seine Stimme noch weitaus stärker erheben müsste. Dies im Sinne des Wohlbefindens der Menschen und des vorsorgenden Gesundheitsschutzes.
- > **Vermeiden der Prekarisierung von Menschen:** Es gilt spezifische Präventionsprogramme, besonders auch für sozioökonomisch benachteiligte Gruppen, zu entwickeln und den, durch eine ungesunde Lebensweise bedingten Krankheiten entgegenzuwirken. In Luxemburg – genau wie im Ausland – haben z.B. Kinder aus finanziell benachteiligten Familien vielfach einen ungesünderen Lebensstil. Auch hier drängen sich gezieltere Strategien auf.

Dabei sollte das Ministerium sehr bewusst „Lifestyle“-Fragen aufgreifen: Der öffentliche Dialog über die Gesundheit darf auch vor Lebensstilfragen nicht haltmachen. Als Diskussionsanstoß können folgende Ziele – am Beispiel der Ernährung als zentraler Belang der „santé publique“ – dienen: Verringerung des Fleischkonsums – höherer Stellenwert regionaler bzw. saisonaler Lebensmittel – Bevorzugung von Nahrungsmitteln aus ökologischem Anbau. Das Gesundheitsministerium könnte, gemeinsam mit Akteuren wie den Gesundheitskassen, Ärzt:innenvereinigungen, Gewerkschaften usw. hier eine proaktive(re) Rolle übernehmen.

Die angeführten Maßnahmen sollten dabei durchaus auch ggf. zu Gesetzesänderungen führen, z.B. was die Genehmigungspraxis im landwirtschaftlichen Bereich, Normen zum Schutz vor Belastungen, die Erstellung von diversen Aktionsplänen (Lärm, Luft usw) u.a.m. betrifft.

02

DER IDEE „GESUNDHEITSFÖRDERNDE STÄDTE UND DÖRFER“ ZUM DURCHBRUCH VERHELFFEN - DURCHGRÜNUNG DER ORTSCHAFTEN VORANTREIBEN

Unsere Lebensumwelt beeinflusst unser Wohlbefinden auf erhebliche Art und Weise. Frische Luft, gut erreichbare Naherholungsgebiete, attraktive Wohnräume mit u.a. wenig Lärmbelastung, Grünräume innerhalb der Ortschaften... wirken sich positiv auf die menschliche Gesundheit aus. Ziel muss deshalb das Schaffen von „gesundheitsfördernden Lebenswelten und Gemeinden“ sein.

> Gesundheitsfördernde Lebenswelten in den Gemeinden

Das Gesundheitsministerium sollte mit den betroffenen Ministerien sowie gesellschaftlichen Akteuren – Urbanist:innen, Architekt:innen, Umweltfachleuten, Gemeindevertreter:innen u.a. – untersuchen, inwiefern Anstrengungen im Sinne der gesundheitsfördernden Lebenswelten verstärkt im Rahmen der diversen staatlichen und kommunalen Planungen einfließen können (Gestaltung von Stadtvierteln, Schaffung sozialer Räume in neuen Siedlungen, Spielplätze, Grünräume, Bewegungsräume u.a.m.).

Ziel ist es, sowohl ggf. den Reformbedarf an bestehenden Gesetzen zu erkennen, als auch konkrete Empfehlungen z.B. für Gemeinden, Ingenieurbüros auszusprechen. Dies ist umso wichtiger, als der aktuelle Bevölkerungsdruck einen zusätzlichen verdichteten Siedlungsbau nach sich zieht, der nicht immer urbanistischen Qualitätsansprüchen genügt.

> Proaktive Beratung auf städtischer / regionaler Ebene gewährleisten

In diversen Bereichen wird der Beratungsbedarf vor Ort von öffentlicher Seite aus erkannt, z.B. in der Energieberatung. In enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden einer Region sollte auch die Gesundheitsberatung in dezentralen, regionalen Strukturen – u.a. zielgruppenorientiert – ausgeweitet werden. Dies reicht von Beratung zur „Stressbelastung“ über die Bewegungs- bis zur Ernährungsberatung.

> Empowerment gewährleisten – Bürger:innen in ihrem Engagement stärken

Die moderne Gesundheitsförderung setzt auf Partizipation, auf die Befähigung der Bürger:innen sich für eine gesunde Lebenswelt einzusetzen. Solche Initiativen, die Bürger:innen als aktive Akteure anerkennen, sind in Luxemburg noch unterentwickelt.

Eine Liste möglicher Handlungsfelder sollte erstellt werden, in denen interessierte Bürger:innen, lokale Vereinigungen, ggf. in Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand bzw. Gesundheitsexpert:innen, aktiv werden können (z.B. Kurse zur gesunden Ernährung, Gruppen zur Aufwertung der Ortschaft im Sinne „gesundheitsfördernder Lebenswelten, Präsentation von Best Practice-Beispielen von bereits bestehenden zivilgesellschaftlichen Initiativen, wie etwa Gemeinschaftsgärten, Zusammenschlüsse zu solidarischer Landwirtschaft usw.).

Das Internetportal „portail santé“ ist entsprechend zu erweitern und sollte durch fachliche Information u.a. dazu beitragen, Bürger:innen zu ermutigen, sich für eine Verbesserung der Lebensqualität aus Gesundheitssicht einzusetzen.

> **Anpassungen an den Klimawandel: auch eine gesundheitspolitische Verantwortung**

Die Erhitzung der Ortschaften und Städte wird mehr und mehr auch zu einem Problem auf gesundheitlicher Ebene.

Zudem ist gewusst, dass der Mangel an Aufenthaltsqualität, an Begrünung und an attraktiven Begegnungsorten in den Gemeinden aus Gesundheitssicht höchst problematisch sind.

Zudem ist gewusst, dass tendenziell Menschen mit geringeren Finanzmitteln eher an stark befahrenen Straßen wohnen und weitere Distanzen zu Grünanlagen zurücklegen müssen, als finanzstärkere Haushalte.

Deshalb müsste das Gesundheitsministerium sich weitaus aktiver in die Siedlungsentwicklung einmischen und - wie in diversen anderen Kapitel dieser Publikation angeführt - u.a. folgende Aspekte in bestehenden und neuen Vierteln mit gewährleisten:

- Weitaus stärkere Durchgrünung, da diese maßgeblich zu einer gewissen Reduktion der Temperaturen in Hitzeperioden beiträgt sowie die Luftqualität fördert;
- Einführung von Tempo (20) 30 Arealen (da diese die Lärmbelastung ebenso wie die Gefahr sowie die Schwere von Unfällen reduzieren) sowie die Gestaltung von Spielräumen für Kinder im öffentlichen Raum erleichtern;
- Schaffung von Begegnungsräumen, die auch für die mentale Gesundheit von Relevanz sind;
- Gestaltung von „Bewegungsräumen“: Ortschaften und Städte könnten weitaus attraktiver gestaltet werden, für spontane Bewegungsmöglichkeiten.

Es wäre durchaus angebracht, dass das Gesundheitsministerium in all diesen Handlungsfeldern seine Stimme gegenüber anderen Ministerien erhebt und sich in die Planungsprozesse einbringt, selbst aktiv wird, und Empfehlungen für Gemeinden, Bauträger und andere Akteure erstellt und zur Durchführung von Pilotprojekten beiträgt.

03

DIE ROLLE DER GESUNDHEITSKASSE(N)

ALS AKTEURE DER GESUNDHEITSVOR-

SORGE AUSWEITEN - WEITERBILDUNG DER

ÄRZTESCHAFT GEWÄHRLEISTEN

Die Namensänderung von Krankenkassen in Gesundheitskassen hat leider bis dato nur sehr begrenzt zu einer Ausweitung deren Arbeitsfeldes geführt. Von Regierungsseite aus sollte sichergestellt werden, dass die Kasse ihrem Anspruch einer „Gesundheitskasse“ verstärkt auch in der Realität gerecht wird.

Gesundheitskassen und Ärzt:innen sind zentrale Akteure eines präventiven Gesundheitsschutzes. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, drängen sich Reformen in den Strukturen und Rahmenbedingungen auf.

- > **Die Sicherstellung von zielgruppenorientierten (statt eher diffuseren) Sensibilisierungskampagnen sollte in Zukunft ein primäres Ziel der Gesundheitskassen sein**, von der Bewegungs- bis zur Ernährungsberatung. Für Ärzt:innen und andere Gesundheitsberufe würde eine derartige Übernahme von Verantwortung durch die Gesundheitskassen zudem eine wichtige Hilfestellung und Entlastung bei der Beratung der Patient:innen darstellen.
- > **Kostenrückerstattungen für vorbeugende Maßnahmen ausbauen:** Die Vermeidung der Krankheitsursachen bietet – neben anderen – auch wirtschaftliche Vorteile. Die Förderung eines gesunden Lebensstils kann ohne Zweifel noch verstärkt werden. Folgende Rückerstattungen / Initiativen seitens der Gesundheitskassen wären sinnvoll:
 - **Beratungsleistungen von Gesundheitspersonal stärker honorieren:** Die Beratungsleistung sollte weitaus stärker honoriert werden, auch sogenannte „consultations de prévention“. Dadurch könnten ebenfalls Gelder für Medikamente eingespart werden, mittelfristig werden durch die Vermittlung von Kenntnissen auf dem Gebiet der Vorbeugung Kosten eingespart.
 - **Gesundheitsfördernde Maßnahmen honorieren:** Es ist geradezu widersinnig, dass erhebliche Gelder in die Heilung von Krankheiten investiert werden und nicht verstärkt in die Vorbeugung. Auch wenn die Frage komplex ist, welche Leistungen hierunter fallen oder nicht: dies darf nicht dazu führen, dass diese Leistungen wie bisher schlichtweg kaum zurückerstattet werden. Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Akteuren der Gesundheitsbranche, Bürger:innen und Ärzt:innen sollte umgehend mit der Erstellung von Vorschlägen befasst werden.
- > **Umweltmedizinische Maßnahmen** sind weitaus stärker als bisher zu unterstützen (z.B. weitergehende Schadstoffanalysen).

04

KONSEQUENTER AUSBAU DER UMWELTMEDIZINISCHEN DIENSTE IM GESUNDHEITSMINISTERIUM ANGEHEN

Erforderlich ist:

- > eine **Analyse der strukturellen und organisatorischen Schwächen der umweltmedizinischen Dienste** im Gesundheitsministerium in Zusammenhang mit den diesbezüglichen Anfragen bzw. Beschwerden;
- > die **Neuregelung der Kompetenzen und Befugnisse**: u.a. müssten die Interventionsmöglichkeiten bei der Feststellung von Belastungen durch Schadstoffe in öffentlichen oder privaten Gebäuden besser geregelt werden. Messen ist ja gut und schön... aber die Beseitigung der Ursachen ist ebenso von zentraler Bedeutung. Dem Staat obliegt die Verantwortung dafür, dass die jeweilige Situation verbessert wird. Dazu gehört ebenfalls, dass in bestimmten Fällen eine staatliche Unterstützung bei der Sanierung gewährleistet werden soll. Ebenso müssten Mechanismen eingeführt werden, damit die umweltschädlichen Produkte vom Markt verschwinden bzw. die Konsumenten verstärkt in diesem Bereich aufgeklärt werden.

Leistungen im Bereich der **umweltmedizinischen Diagnostik und Therapieleistungen** durch qualifizierte Ärzt:innen sollten von den Gesundheitskassen übernommen werden.



05

GESUNDHEITSFÖRDERUNG DURCH EINE GESUNDE ERNÄHRUNG IN ÖFFENTLICHEN INSTITUTIONEN

In öffentlichen Kantinen – Schulen, Institutionen der Pflege älterer Menschen, „repas sur roues“, Krankenhäusern ... – hat sich etwas getan, was die Qualität der Ernährung betrifft. Und doch: sehr vieles bleibt noch zu tun.

Dies auf mehreren Ebenen:

- > Aus der Sicht des Umwelt-, des Gesundheitsschutzes und zur Förderung der hiesigen Landwirtschaft, müsste es eine Selbstverständlichkeit sein, dass gerade in öffentlichen Kantinen **regionale, vorzugsweise biologische und somit pestizidfreie Lebensmittel** angeboten werden. Dies ist derzeit nur begrenzt und in unterschiedlichem Ausmaß der Fall.
- > Darüber hinaus müssten aber gerade in diesen Strukturen die Prinzipien einer gesunden und umweltbewussten Ernährung noch weitaus stärker in den Vordergrund gestellt werden: z.B. durch die Verringerung des Fleischkonsums, Bevorzugung saisonaler Lebensmittel...

Nur so können diese Strukturen auch ihrer **Vorbildfunktion** gerecht werden.

Seitens des Ministeriums sollten z.B. – in enger Zusammenarbeit mit dem Familien-, Erziehungs- und Landwirtschaftsministeriums – **klare Vorgaben erlassen, die Subventionen ggf. angepasst sowie Lastenheft-Modelle für die Ernährung in öffentlichen Strukturen** erstellt werden.

Bereits heute bestehende entsprechende **Initiativen** (z.B. „Natur genießen“ des interkommunalen Syndikates SICONA) sollten **unterstützt und verbreitet** werden.



06

VORBEREITUNG DES GESUNDHEITS- SEKTORS AUF MIT DER KLIMAVER- ÄNDERUNG BEDINGTE ERKRANKUNGEN

Das Robert Koch Institut schreibt zum Klimawandel:

„Der Klimawandel ist eine erhebliche Bedrohung für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen in Deutschland und weltweit. Er nimmt auf vielen Wegen Einfluss auf die Gesundheit, wie zum Beispiel durch veränderte Wetterbedingungen oder Extremwetterereignisse. Dadurch kann z.B. nicht nur das Risiko für Infektionskrankheiten steigen, sondern auch für nichtübertragbare Erkrankungen. Klimawandel und Gesundheit hängen aber auch in Bezug auf Klima- und Gesundheitsschutz eng zusammen. So haben zum Beispiel Mobilität und Ernährung nicht nur Auswirkungen auf die Gesundheit, sondern auch auf den Klimawandel.“

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bezeichnet den Klimawandel als „die größte Gesundheitsbedrohung für die Menschheit“ und erkennt das Pariser Abkommen (2015) als das wichtigste Public-Health-Abkommen des 21. Jahrhunderts an. Auch die International Association of Public Health Institutes (IANPHI) sieht den Klimawandel als eine der größten globalen Herausforderungen im Bereich Public Health. Somit spielen nationale Public-Health-Institute eine Rolle bei der Klimaanpassung und im Klimaschutz.“

In Luxemburg müsste sich das Gesundheitsministerium ebenfalls weitaus stärker mit der Thematik befassen und ggf. eine Arbeitsgruppe mit externen Fachleuten gründen, mit dem Ziel eine entsprechende Strategie „Klimawandel und Gesundheit“ zu entwerfen.

07

VERANTWORTUNG DER ÖFFENTLICHEN HAND FÜR EINE GESUNDHEITS- UND UMWELTSCHONENDE BESCHAFFUNG

Im Sinne eines vorsorgenden Gesundheitsschutzes müsste der Staat eine **konsequenterer, auch auf Gesundheitsbelange orientierte Beschaffungspolitik durchführen und modellhafte Lastenhefte für öffentliche Ausschreibungen nach umwelt- und gesundheitsbewussten Kriterien** vorlegen. Dabei sollten auch Fragestellungen wie z.B. „Folgewirkungen von Lösemitteln in Farben“, gesundheitliche Probleme bei der Entsorgung bestimmter Materialien usw., berücksichtigt werden.

Der Staat kann somit, abgesehen von einem aktiven Beitrag zum Gesundheitsschutz, den Markt von gesundheitsschonenderen Produkten fördern sowie auch hier eine wichtige Vorreiterrolle übernehmen.

08

DATENFASSUNG IM GESUNDHEITSBEREICH AUSBAUEN

Nach wie vor ist die Datenerfassung im Gesundheitsbereich in Luxemburg äußerst mangelhaft. Wohl werden Grippefälle von Ärzt:innen gemeldet, nicht aber jene Gesundheitsschäden, die mit Umweltbelastungen verbunden sein könnten. Nicht erfasst werden z.B. Krankheitsbilder während Phasen mit hohen Ozon- oder Partikelbelastungen. Oder aber, wie z.T. in anderen Ländern üblich, die evtl. Folgewirkungen der Pestizidanwendung, u.a. auf Landwirt:innen. Erforderlich wäre eine weitaus systematischere Datenerfassung, welche auch diese Aspekte greift.

In der Konsequenz müsste für Luxemburg

- > ein **Immissionskataster** erstellt werden,
- > das **Biomonitoring** (Schadstoffüberwachung u.a. mittels Indikatoren) systematisch ausgebaut sowie
- > das **Effekt-Monitoring** (Impakt auf den menschlichen Körper, Zunahme von Atemproblemen oder Kreislaufproblemen bei Sommersmog) eingeführt werden, damit bei Belastungen reagiert werden kann.
- > seitens des Gesundheitsministeriums eine **systematische alle Bevölkerungsgruppen umfassende epidemiologische Untersuchung** der Belastung der Bevölkerung durch u.a. phytopharmazeutische Stoffe durchgeführt werden (Biomonitoring, z.B. durch Haar oder Urinanalysen).

Es liegt auf der Hand, dass das Gesundheitsministerium Konsequenzen aus diesen Analysen mit entsprechenden Maßnahmen ziehen muss.



09

DER LEBENSMITTEL-KENNZEICHNUNG EINE STÄRKERE BEDEUTUNG AUS GESUNDHEITSSICHT BEI MESSEN!

Das Landwirtschaftsministerium hat in der laufenden Legislaturperiode eine Auszeichnung „agrée par l'Etat“ mit entsprechenden Begleitmaßnahmen erstellt. (siehe hierzu auch Kapitel Landwirtschaftspolitik).

Dieses zeigt erhebliche Mängel auf und kann in keiner Weise als reelle, konkrete auf ausreichenden Kriterien fußende Orientierung für Verbraucher:innen dienen.

Dabei fordern mehr und mehr Menschen eine weitaus bessere Lebensmittelkennzeichnung ein. Auch z.B. betreffend Fleisch und andere tierische Lebensmittel sowie die Bedingungen der Tierhaltung. Neben Tierschutzaspekten spielt auch hier der Einsatz von Antibiotika und das damit verbundene Entstehen multiresistenter Erreger eine wichtige Rolle aus Gesundheitssicht.

10

BESTEuerung VON GESUNDHEITS- SCHÄDIGENDEN PRODUKTEN INS AUGE FASSEN

Erwiesenermaßen haben Verbraucher:innensteuern bzw.-abgaben einen Einfluss auf das Verhalten der Menschen. Eine Abgabe (taxe) auf bestimmten Produkten kann somit ein wesentlicher Beitrag sein, um das Essverhalten der Menschen zu beeinflussen und ein deutliches Signal zu setzen.

So wie der Mouvement Ecologique generell für eine nachhaltige Steuerreform eintritt, so setzen wir uns ebenfalls dafür ein, dass über **Steuern bzw. Abgaben im Lebensmittelbereich** nachgedacht wird, u.a. eine Pestizidsteuer in der Landwirtschaft.

11

HORMONELLE SCHADSTOFFE STÄRKER REGULIEREN UND NANOTECHNOLOGIE BESSER KONTROLLIEREN

Analog zur deutschen Geschwisterorganisation BUND, tritt der Mouvement Ecologique dafür ein, dass die Regierung weitaus stärker aktiv wird, um die **Belastung von Mensch und Umwelt durch hormonelle Schadstoffe zu reduzieren** (dies entspricht im übrigen auch den Zielen des EU-Umweltaktionsprogramms 2020) sowie die Nanotechnologie besser zu regeln und zu kontrollieren.

Zitiert sei deshalb aus den Wahlforderungen des BUND:

„Der BUND fordert nationale Schutzmaßnahmen, die u. a. im Rahmen eines ressortübergreifenden Regierungsprogramm es „Umwelt und Gesundheit“ erlassen werden sollten. Die Bundesregierung sollte im ersten Schritt ein EU-weites Verbot des prominentesten Vertreters Bisphenol A in Lebensmittelkontaktmaterialien unterstützen und sich gegen die weitere Zulassung von besonders besorgniserregenden hormonellen Schadstoffen, wie den Phthalat-Weichmachern DEHP, DBP, BBP und DIBP, in verbrauchernahen Produkten einsetzen. (...). Das auf dem Vorsorgeprinzip basierende EU-Chemikalienrecht muss effektiver umgesetzt werden. (...)

1. Das Vorsorgeprinzip der EU muss unter anderem durch nationale Regelungen in Bezug auf hormonelle Schadstoffe in verbrauchernahen Produkten umgesetzt werden (Regierungsprogramm „Umwelt und Gesundheit“). Der Koalitionsvertrag muss beinhalten, dass (...) das in Frankreich geltende Verbot von Bisphenol A in Lebensmittelverpackungen auf die gesamte EU ausgeweitet wird.
2. Der Koalitionsvertrag muss beinhalten, dass (...) nach dem Vorbild Frankreichs und Belgien nach der Wahl eine nationale Registrierungspflicht für Nanomaterialien und ein öffentliches Nanoproduktregister beschließen und einen Zeitplan vorstellen, bis wann das Nanoproduktregister eingeführt wird.“